

HAMBURG-MALER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Ausstreicher, Tüncher und Weißbinder

III. 5.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend
Abonnementpreis Mr. 1,- pro Quartal
abzüglich einer Ausgabe. Hamburg 25,
Klausstrasse 1. Telefon 3. 8246

Hamburg, den 1. Februar 1919

Reisigen kosten die fünfgepolsterte Non-
pareillecke oder deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist nichts weiter einzuzahlen).
Verbandsmitglieder kosten 25 Pf. die Zeile

33. Jahrg.

Not und Entbehrung

sind heute das sichere Schicksal eines jeden, der vom Lande, von der Kleinstadt weg in die Großstadt kommt. Ist nicht noch die tägliche Ernährung, die die Großstädte während des Krieges ihren Bewohnern bieten konnten, in aller Erinnerung? Zurzeit ist es mit der Ernährung nicht besser, sondern schlechter geworden! Denn die Vorräte sind aufgezehrt und die Zufuhren infolge Kohlen- und Wagenmangels gering.

Auch die Vergnügungen, die Abwechslungen, Distanzreisen, die die Großstädte bieten, sind wertloser Schein. Wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Die Fremdenstätten und Restaurants haben über die längliche Zeitung hinaus weder Speisen noch Getränke zu verabreichen. Infolge Kohlemangels schliefen sie ihre Pforten früh oder öffnen sie überhaupt nicht. Und gibt es nicht Kino, Konzerte, Theater auch in der Kleinstadt? Der eigentliche Zauber der Großstadt, die unendliche Fülle des Lichtes, ist einem trüben Dunkel gewichen. Selbst die Hauptstraßen sind nicht anders beleuchtet als im Frieden die Straßen der Kleinstadt. Dazu die Gefahren der Straße bei den riesigen Demonstrationen und Aufzügen für junge unerfahrene Menschen.

In den Großstädten ist in den nächsten Monaten alles ungewiss. Deshalb soll, wer auf dem Lande und in der Kleinstadt wohnt, dort getroffen bleiben und warten, bis bessere Zeiten kommen. Die Bewohner der Kleinstädte und des Landes sollen aber auch Angehörige und Verwandte, die sich in den Großstädten befinden, zurückzuholen suchen, um sie vor der Not der kommenden Zeiten zu schützen. Neue Arbeitsgelegenheiten sind zurzeit in der Großstadt so gut wie gar nicht vorhanden; für jede freie Stelle melden sich Hunderte von Bewerbern. Der Arbeitsmarkt ist überfüllt, und die Verhältnisse werden mit jedem Tage schlimmer. Deshalb meiden die Großstädte!

Tarifverhandlungen und Achtstunden- tag für Rheinland und Westfalen.

Als wir am 9. November v. J. mit dem Arbeitgeberverband und dem Bund deutscher Dekorationsmaler die Verlängerung der bestehenden Tarifverträge und eine weitere Teuerungszulage von 80 s in Städten oder Lohngebieten mit über 100 000 Einwohnern und von 25 s mit weniger als 100 000 Einwohnern, zu zahlen vom 1. Dezember v. J. und 15. Februar d. J. an, vereinbart, hatte der Westdeutsche Malermeisterverband bereits vorher schon, vom 1. November an, für alle in Betracht kommenden Orte 15 s bewilligt. Es war daher jetzt für Rheinland und Westfalen die zweite Zulage noch festzusetzen und über die Verlängerung des Tarifvertrages zu befinden.

Das ist am 22. Januar in einer allgemeinen Verhandlung der beiderseitigen Verbandsvorstände in Anwesenheit der meisten Ortsgruppenvertreter der Arbeitgeber in Düsseldorf geschehen.

Nach Belämpfung eines ganz unnehmbaren Angebots der Arbeitgeber wurde die Tarifverlängerung (bis 15. Februar 1920) vorgenommen und eine weitere Teuerungszulage von 15 s für alle Orte zugestanden, womit man in Städten mit unter 100 000 Einwohnern über die oben erwähnten in Berlin getroffenen Vereinbarungen mit den andern Arbeitgeberverbänden hinausging.

Gleichzeitig wurde über die Einführung des Achtstundentages verhandelt. Darüber heißt es in der abgeschlossenen Vereinbarung: „Vom 15. Februar 1919 ab tritt die achtstündige tägliche Arbeitszeit in Kraft. Die

tägliche Arbeitszeit gilt von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr. Es steht jedoch den örtlichen Organisationen frei, hierüber besondere Vereinbarungen zu treffen. Im Winter entscheidet die Tageshalle, ob bei halbstündiger Mittagspause 7 bis 8 Stunden gearbeitet werden kann.“

Bei der Fortsetzung des zu vergütenden Lohnausfalls, wobei — u. G. ganz unnötigerweise — lange darüber gestritten wurde, ob die vom 15. Februar zu gewährenden weiteren 15 s Teuerungszulage in die Berechnung mit hineinzugreifen seien, legten die Arbeitgeber Wert darauf, daß die Berechnung des Lohnausfalls getrennt für Tariflohn und für die Teuerungszulage erfolge. Das bedeutet eine ganz überflüssige Formalität; denn das, was jetzt immer weiter als Teuerungszulage geführt wird, muß zu gegebener Zeit doch als Lohn betrachtet werden. Die vom 15. Februar an geltenden Löhne für jedes einzelne Lohngebiet wurden sofort festgelegt und dabei Ausgleiche unverschämter Verschiedenheiten zwischen mehreren Orten vorgenommen. Darüber sollen die Parteien demnächst auch noch weiter verhandeln.

Ferner heißt es in Anlehnung an die Vereinbarung vom 9. November mit den andern Arbeitgeberverbänden: „Sollten die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem 1. April 1919 sich erheblich ändern, dann können die beiderseitigen Organisationen unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse besondere Abmachungen über die Teuerungszulage treffen.“

Im übrigen wurde noch Wert darauf gelegt, daß sich die Gehilfenorganisationen, wie bisher, auch weiter verpflichtet fühlen, gegen die Pfuscharbeit bestimmter Gehilfen einzuschreiten.

Mit dem Arbeitgeberverband und dem Bund deutscher Dekorationsmaler soll am 30. Januar im Reichsarbeitsamt über den Achtstundentag und den eintretenden Lohnausfall verhandelt werden.

Wir werden hierüber auf dem schnellsten Wege berichten.

Kollegen! Werdet Mitglied eurer Berufsorganisation!

Das grausige Morden ist beendet. Mit Sehnsucht haben wir den Tag des Friedens erwartet, in der Hoffnung, daß er uns Erlösung von den Qualen, Leidern und Entbehrungen des Krieges bringen würde. Diese Hoffnung ist getäuscht. Die Deutschland auferlegten Waffenstillstandsbedingungen, die einen nicht minder harten Frieden erwarten lassen, erschüttern unser Wirtschaftsleben, bringen neue Not, Hunger und Sorge.

Das deutsche Volk hat am 9. November seine völlige politische Freiheit errungen. Sie wird und muß die wirtschaftliche Unabhängigkeit des arbeitenden Volkes folgen. Die Revolution ist nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale, die zu ihrem Endziel die Überführung der Produktionsmittel in den Gemeinebesitz der Gesellschaft hat. Organisation der Volkswirtschaft setzt aber Organisation der Arbeiterklasse voraus. Kein anderer als Wilhelm Liebknecht erklärte 1893, daß, wenn wir keine Gewerkschaften in Deutschland hätten, wie sie für die Durchführung des Sozialismus schaffen müßten.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind mehr als Vereinigungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse und zur Unterstützung hilfsbedürftiger Berufsgenossen. Sie waren stets die Träger der Idee der freien Arbeit und müssen es im verstärkten Maße im freien, den Sozialismus herbeiführenden Deutschland sein.

Zunächst gilt es, unser Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten, denn nur dadurch bleibt die Arbeitnehmerchaft vor dem äußersten Elend bewahrt. Soll dies geschehen, so dürfen die Arbeitnehmer nicht willkürlich und regellos aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden. Sie dürfen aber nicht mehr das Recht für sich in Anspruch nehmen, einseitig die Arbeitsbedingungen festzulegen.

Dieses Recht ist beseitigt.

Der zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern am 15. November 1918 unterzeichnete Vertrag sichert der Arbeiterschaft in allen Betrieben die kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen durch Vereinbarungen, die Einschaltung von Arbeiters- und Angestellenausschüssen zur gemeinsamen Regelung von streitigen Fragen, die Errichtung von Schlichtungsausschüssen und Einigungsräumen, die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages, die parlamentarische Regelung des Arbeitsschutzes und die Koalitionsfreiheit. Die Arbeitgeber verzichten auf die Unterhaltung und Förderung selber Arbeitserorganisationen, die seither dazu bestimmt waren, ihren Arbeitgebern in den Alten zu fallen. Die Arbeitgeber haben sich weiterhin verpflichtet, alle zum Heeresdienst eingezogenen Arbeiter und Angestellten an ihnen vor dem Krieg innegehabten Arbeitsplatz wieder einzustellen und zu beschäftigen. Sie erklären sich endlich bereit, während der Dauer der Übergangswirtschaft alle deren Durchführung betreffenden Fragen gemeinsam mit den Gewerkschaften zu regeln und schließen mit den letzteren zu diesem Zweck eine Arbeitsgemeinschaft, in der alle Vertretungen, Einrichtungen und Instanzen streng parlamentarisch geregelt werden. Dadurch wird der Arbeiterschaft nicht nur ein gleichberechtigter Einfluß auf die Übergangswirtschaft gewahrt — auch im inneren Betrieb steht der Arbeiter und Angestellte nach diesem Wollen frei und unabhängig da. Der konstitutionelle Betrieb ist damit zur Tatsache geworden und das willkürliche Handenrecht des Unternehmers begraben.

Die Gewerkschaften als Mitkontrahenten des neuen Vertrages sind willens, die Rechte der Arbeitnehmer in vollem Umfang zu vertreten und zu schützen. Sie können dies aber nur dann mit durchschlagendem Erfolg, wenn die gesamten Arbeitnehmer sich mit ihnen solidarisch erklären. An alle Arbeiter ergeht daher der Ruf:

Trete ein in die Gewerkschaft! Sogar nicht länger, die Mitgliedschaft zu erwerben. Heute braucht keiner mehr Entlassung, Maßregelung oder Verachtung zu fürchten. Jeder hat die Möglichkeit und zugleich die Pflicht, der Gewerkschaft seines Berufes anzugehören.

Die Arbeitnehmer rufen wir besonders zur gewerkschaftlichen Organisation! Der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung läßt sich nur mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation durchführen, deshalb erwerbt ungesäumt die Mitgliedschaft in Eurem Berufsverband.

Die gewerkschaftliche Organisation ist grundlegend für unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik. Von den Gewerkschaften aus wirken die Kräfte für die Gestaltung und Durchführung des Arbeiterschutzes, der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, des Arbeiterrechtes und aller sonstigen Arbeiterschutzfahrt. Wer nicht organisiert ist, begibt sich jedes Einflusses auf die Entwicklung dieser Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung.

Die Gewerkschaftsbewegung ist berufen, alle Kräfte zu sammeln, die mitarbeiten wollen an der wirtschaftlichen Ausprägung der Errungenschaften des politischen Befreiungskampfes. Die soziale Neugestaltung der Gesellschaft kann nicht decretiert werden. Sie ist das Werk wirtschaftlicher Entwicklung. Aber diese Entwicklung fällt nicht Schlafenden in den Schoß. Sie muß erarbeitet und erlämpft werden und erfordert Armeen Massenbewußter Streiter. Die Geschichte der nächsten Jahre wird erfüllt sein von dem großen Ringen zwischen der kapitalistischen Privatwirtschaft und der Gemeinwirtschaft auf staatlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Grundlage. In diesen Kämpfen können die Arbeitnehmer nur dann ausschlaggebend auftreten, wenn sie als geschlossene Masse in gewerkschaftlichen Organisationen zusammenstehen.

Daher rufen wir Euch allen nochmals zu: Schließt Euch den Gewerkschaften an, werdet Mitglieder Eures Verbandes! Die Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands.

Brauchen wir nach der Revolution noch Gewerkschaften?

Als die Revolution zum Ausbruch und Durchbruch gekommen war, konnte man von einigen Überflügen Leuten die merkwürdige Weisheit hören, daß die Gewerkschaften durch die Revolutionierung unserer politischen Verhältnisse überflüssig geworden seien und deshalb einfach ins alte Eisen geworfen werden müßten. Einige Hörspie, die von dem Wesen und den Zielen einer Revolution ebensoviel Ahnung haben wie von der Bedeutung der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben, machten sogar den tollkühnen Versuch, die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung mit einem Feuerstrich aus der Welt zu schaffen, indem sie die Gewerkschaften einschließlich aufgelöst erklären und die Neugestaltung der Dinge den neu gebildeten Arbeiter- und Soldatenräten übertragen wollten. Dieser Plan, der nicht nur von einer heillosen Pessimisierung seiner Urheber zeigte, sondern auch von einer an Gründewahnlinn grenzenden Überhöhung ihres eigenen Könnens, mußte selbstverständlich unter dem Gelächter aller vernünftigen Leute elendiglich scheitern, und die Verächter der Gewerkschaften waren schon in den ersten Tagen ihrer Wirksamkeit gezwungen, wenn sie überhaupt etwas leisten wollten, um die Hilfe und die praktische Mitarbeit dieser selben Gewerkschaften nachzu suchen. Und die für überflüssig erklärteten Gewerkschaften waren denn auch im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft bereit, den arg verfaßten Karren wieder in Gang zu bringen.

Das war auch kein Wunder; denn die Spartabüsse — gute Leute, aber schwache Missionare könnte man sie mit dem Dichter nennen — erblickten das Wesen einer Revolution im Umstürzen und Niedereichen, während dies doch nur die Voraussetzung ist, und das eigentliche Wesen einer sozialen Revolution im Aufbauen und Neugestalten besteht. Und hierzu gehört neben Wagemut und Begeisterung auch noch ein hohes Maß von Einsicht und Erfahrung und ein scharf ausgeprägtes Verantwortungsgefühl. Diese drei Eigenschaften sind in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihren Führern vertreten, und darum kann ihre tatkräftige, sachkundige Mitarbeit bei der Neugestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht entbehrt werden. Wer da weiß, daß es mit der Demokratisierung unseres politischen Lebens, mit der Verwirklichung des demokratischen Gedankens in Staat und Gemeinde allein nicht getan ist, wer die Überzeugung hat, daß auch unser gesamtes wirtschaftliches Leben sozialisiert und demokratisiert werden muß, der ist nicht darüber im Zweifel, daß wir heute die Gewerkschaften dringender als je zuvor gebrauchen. Tatsächlich liegt die Sache so, daß wir umgehend Gewerkschaften ins Leben rufen müssen, wenn noch keine beständen, weil ohne sie die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht in richtiger und genügender Weise gewahrt werden können. Wenn schon vor der Revolution, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, starke Gewerkschaften unumgänglich nötig waren, so sind sie dies nach der Revolution, bei der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, erst recht. Weil sich diese Erkenntnis gänzlichweise allgemein durchgesetzt hat, ist der Ruf nach Zusicherung der Gewerkschaften verstummt, und der Zustrom zu den Gewerkschaften nimmt immer mehr zu. Ein-

Beweis, daß das deutsche Proletariat Verständnis für die Forderungen der Gegenwart hat.

Verständlich schreibt die von der Revolution erklungene politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen so lange in der Luft, wie sie nicht durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Arbeit vom Kapital gewahrselt und gesichert ist. Erst wenn die proletarischen Schichten wirtschaftlich freigeworben sind, von der Ausbeutung und Bevormundung durch das Unternehmertum, erst wenn das Joch des Kapitals und die Herrschaft des Kapitalismus zerbrochen ist, kann das Proletariat von seiner neu erlangten politischen Freiheit den menschlichen Gebrauch machen. Das hat uns die vorrevolutionäre Zeit mit großer Deutlichkeit gelehrt. Wir hatten ja bei uns in Deutschland alle möglichen Rechte und Freiheiten; aber für weite Schichten der Bevölkerung, besonders dort, wo keine starke Arbeiterorganisation bestand, schließen es an der Möglichkeit, sie gebührend auszunützen, weil das Kapital seine Übermacht dazu missbrauchte, alle freiheitlichen Siegungen der Volksmassen niederguhalten und mittlerer Gläubiger alle Rechte illusorisch zu machen. In dieser Beziehung soll nunmehr eine gründliche Rücksicht herbeigeführt werden: Arbeiter und Angestellte der Betriebe sollen wirtschaftlich unabhängig und politisch frei werden.

Dass sich eine solche grundlegende Umgestaltung des bisherigen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit nicht im Handumdrehen vollziehen kann, sondern daß dazu viel Zeit, Geduld und Arbeit notwendig ist, braucht einem Sachkenner nicht erst gesagt zu werden. Unser Wirtschaftsleben ist in allen unseren Verhältnissen so verkommt und verschlissen, daß die Interessen aller Bevölkerungsschichten, weshalb eine plakative Umdämmung nicht möglich ist, obendrein ist es ein organisches Gebilde, das nicht durch äußere Eingriffe und bürokratische Maßnahmen vom gelben Tische aus reguliert werden kann. Es kann nur durch eine innere Aus- und Umgestaltung aus einem kapitalistischen in ein sozialistisches Wirtschaftsgebilde verwandelt werden. Hier willt den gewerkschaftlichen Organisationen eine dankbare, lohnende Aufgabe; sie sind dazu berufen, diese Umgestaltung in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Und sie sind auch dazu befähigt; denn in Jahrzehntelanger Tätigkeit haben sie ihre zahlreichen Mitglieder geschult und zu tüchtigen Menschen ergogen, die Kenntnis haben vom Wirtschaftsleben und seinen Zusammenhängen, die Verständnis besitzen für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer organischen Entwicklung, die einen klaren Bild mit nächster Überlegung verbinden, die sich ihrer Verantwortung bewußt und vom Geiste des Solidarismus erfüllt sind. Gerade in einer solch bewegten, um eine neue Weltordnung ringenden Zeit wie der heutigen brauchen wir Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Hülle und Fülle, wenn das erhabene Ziel, das uns vorschwebt, erreicht werden soll. Und solche Kräfte bergen die Gewerkschaften in sich, und darum wäre es ein heller Wahnsinn, auf die Mitwirkung der Gewerkschaften verzichten zu wollen.

Die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensschluß.

Durch die Gewerkschaftskonferenzen in Deds 1916 und in Bern Oktober 1917, sind Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder erhoben und for-

mulierte worden, die zwar sich nicht vollständig decken, doch in wesentlichen den gleichen Inhalt haben. Die deutschen Gewerkschaften waren die Gewerkschaften der Arbeiter und Gewerkschaften der Kaufleute, während die Gewerkschaften der Arbeitnehmer, der Dienstleistung, der Intellektuellen, der Gewerkschaften in Deds Hälfte, also die Gewerkschaften des Dienstes das Meiste auf Arbeit dafür. Jedem Arbeitnehmer gleich welcher Nationalität, soll das Recht auf Arbeit im Betrieb, die Konstituierung eines Betriebsrates auf Arbeit im Betrieb, die Konstituierung eines Prinzipals, das in den einzelnen Punkten des Programms die Ein- und Auswanderungen betreffend, bereits ganz erheblich mobilisiert oder eingeschränkt wird. Denn hier wird bestimmt, daß Aus- und Einwanderungen der Arbeiter organisiert werden, daß in jedem Lande eine besondere Kommission die Ein- und Auswanderungen kontrollieren und daß die Anwerbungen von Arbeitern in einem fremden Lande auf gestoppt werden, wenn diese Kommissionen über die Nebenlinie einer Industrie oder einer Region und über die Auswanderungsverbände günstige Gutachten abgegeben haben. Die Auswanderungen der Auswanderer sollen von der Gewerkschaft des Auswanderungslandes, die Durchführung der Arbeitsverträge von der Gewerkschaft des Einwanderungslandes kontrolliert werden.

Dieses Prinzip hat man in Bern nicht akzeptiert können. Man fand dort, daß kein Grund vorliegt, an die bisherige Haltung der internationalen Arbeiterkonferenz in dieser Frage etwas zu ändern, eine Haltung, die auch von den internationalen Gewerkschaftskongressen in Chelonia und Budapest bereits akzeptiert worden ist.

Die Arbeiterinternationale hat bisher gerade die Monarkie abgelehnt. Was in Deds, aber bestanden wurde, ist die ausschließliche Auffassung der Monarchie bei der Arbeiterwanderung. Gewiß wollen die Arbeiter der Entente nicht, die für die Deutschen Gewerkschaften einsteht, diese Arbeitskontrolle sowohl bei ihrer Errichtung als bei ihrer Durchführung der Kontrolle der Gewerkschaften unterwerfen. Aber man sagte sich in Bern mit vollem Recht, daß die Gewerkschaften der Auswanderungskräfte in der Regel so sind, daß eine Kontrolle der Auswanderung von Arbeitern dort nur wahrscheinlich Art sein könne. Auf der andern Seite ist es auch eine bekannte Tatsache, daß in manchen Industrien oder Gewerbegegenden, die fremde Arbeiter beschäftigen, auch die Gewerkschaftsorganisationen des Einwanderungslandes noch sehr schwach sind und daher auch die ihrerseits ausschließende Kontrolle manchmal recht mangelhaft ausfallen könnte. Die Konferenz in Bern blieb daher bei der alten Stellungnahme der sozialistischen Arbeiterbewegung zu der Frage der Freizügigkeit; sie verlangt, daß Auswanderungsverbote, ebenso wie Einwanderungsverbote, international als ungültig erklärt werden, womit dieuelle Garantie für die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit gegeben sei. Freilich müssen von diesen Verboten gewisse soziale Rechte unberührt bleiben, auf die kein Land verzichten kann, zum Beispiel die Ausbildung einer Freizeitkontrolle zum Schutz seiner Volksgesundheit und seiner Volkskultur, aber auch die tatsächliche Einschränkung der Einwanderungen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen.

Das ist der wesentliche Unterschied der beiden Programme. Im übrigen enthalten beide eine Reihe von detaillierten Forderungen über Kooperationsrecht, Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene und Unfallversicherung, Heimindustrie, Kinderschutz, Arbeiterinnendienst, Sozialrecht und Sozialpolitik, sowie über die Durchführung des Arbeitsschutzes überhaupt. In Bern wurde bestlossen, daß alle beteiligten gewerkschaftlichen Landesorganisationen diese Forderungen ihren Regierungen unterbreiten sollen und von diesen die Anerkennung dieser internationalen Mindestgrundsätze in Bezug auf Arbeitsschutz und Arbeiterversicherung verlangen sollten. Es ist bis jetzt nicht bekanntgeworden, in welchem Umfang dieser Besluß zur Durchführung gekommen ist. Wir wissen, nur, daß die englischen und französischen Gewer-

Das moderne Holzbeizen in Berücksichtigung der chemischen Natur und sonstigen Eigenart der verschiedenen Holzarten.

Wilhelm Zimmermann, Chemiker, Bremen.

Noch vor weniger als 20 Jahren verwendeten die Zäschler zum Beizen ihrer Möbel, ganz gleichgültig, aus welchen Holzarten sie hergestellt waren, ob aus Eichenholz, aus Buchen-, Erlen-, Eschen- oder Radelholz usw., ganz allgemein Fuchsbraun-färberbeize, Terpentin-Wachsebeize und einige Pfälzer-Farbstoffe. Nur zum Beizen von echtem Mahagoniholz wurde auch die sogenannte Kali-beize verwendet. Dies war zu dieser Zeit fast die einzige chemische Beize, welche den Zäschlern bekannt war.

Mit diesen geringen Hilfsmitteln, die damals den Zäschlern zur Verfügung standen, konnten sie naturngemäß ihre Möbel nur in einer sehr beschränkten Anzahl von Farbtonen beizeien, und auch diese wenigen Beiztöne entsprachen bezüglich ihrer Schönheit, Edtheit und Geschmeidigkeit den gebeizten Flächen selbst den derzeitigsten beobachteten Ansprüchen des laufenden Publikums in nur geringem Maße. Von einer Veredelung des Holzes durch Herstellung einer hochwertigen Struktur und Rauheit konnte gar keine Rede sein.

Die verschiedenen Holzarten, welche mit diesen primären, alten Holzbeizen gebeizt wurden, erhielten zwar einen bestimmten farbigen Ton, der in der Regel mit hell-, Mittel- oder Dunkelfarben bezeichnet wurde; die Struktur und Rauheit des Holzes wurde durch diese Beizei aber meist mehr oder weniger verschmier, so daß diese kaum noch zu erkennen war. Die Färbung des Eichen-, Eschen- und Mahagoniholzes traten durch ihre dunklere Färbung unangenehm hervor. Der helle Spiegel des Eichenholzes zudem die Beize kaum an, blieb hell und die Rauten- und Löcher der gebeizten Möbel wurden bereits in jungen Jahren fast, weil diese Beize in das harte

Eichenholz und die Harthölzer nicht tief eindringen konnten und daher bald durchgeschwemmt wurden. Bei den Radelhölzern erschienen die weichen Farbstoffe ganz dunkel, die harten Farbe dagegen sehr hell, weil diese Beize auch in die harten Winterjahre nicht eingedrungen vermochten. Die so gebeizten Möbel zeigten also genau das negative Bild der natürlichen Holzstruktur.

Als erster Fortschritt in der Entwicklung der Holzbeizkunst muß die vor etwa 15 Jahren erfolgte Einführung der sogenannten Farbstoffe der sauren Gruppe betrachtet werden. Mit Hilfe einer reich Auswahl dieser lichtechten Farbstoffe war dem Zäschler die Möglichkeit gegeben, durch deren einfache Mischung eine fast unbeschränkte Anzahl von lichtechten Farbtönen auf seinen Erzeugnissen herzorzubringen, aber auch diesen Farbfarbenbeizen noch mancherlei Nachteile an, die insbesondere darin bestanden, daß sie die Struktur der verschiedenen Holzarten in keiner Weise herborobten, die Färbung des Eichenholzes und anderer grobgporigen Hölzer nicht mitbeizten, so daß sie hell erschienen und nachträglich noch gefärbt werden mußten, und bei den mit Farbfarbenbeizen gebeizten Radelhölzern wurden die weichen Jahre dunkler und die harten Jahre heller gebeizt. Auch zeigten diese mit Farbstoffbeizen erzeugten Beiztöne noch unserer heutigen Geschmacksrichtung viel zu viel Beihäufigkeit. Die heutigen beliebten und verlangten ruhigen, gedämpften, dezenten und unausgesprochenen sumptuosen Holztöne ließen sich mit diesen Farbfarbenbeizen nicht herstellen.

Ein durchdringender Erfolg und erheblicher Fortschritt in der Technik des Holzbeizens wurde erst dann erzielt, als man erkannte, daß es notwendig ist, die Holzbeize der chemischen Natur und der Eigenart der verschiedenen Holzarten genau anzupassen, also besondere chemische Beizgruppen für das gerbstofffreie Eichenholz, für das gerbstoffreiche und farbpigmenthaltige echte Mahagoniholz, für unsere einheimischen Radelhölzer und Harthölzer herzustellen.

Nur mit diesen der chemischen Natur und Eigenart jeder Holzart, nach chemischen Grundlagen und praktischer Erfahrung speziell für jedes Holz besonders zusammengelegten Spezial-Beizgruppen von chemischen Holzbeizen ist es möglich, die den höchsten Anforderungen genügenden, vollendeten Beizeffekte auf jede Holzart zu erzielen, das heißt, nicht nur jeder Holzart einen bestimmten, eben und gleichmäßigen Farbton zu verleihen, sondern gleichzeitig seine natürliche Struktur und Rauheit in prächtiger Weise herzorzubringen sowie eine vollkommenen Färbung bei grobgporigen Hölzern und genügendes Liefselzen des Holzes zu erreichen, so daß ein Durchschleifen der Edeln und Rauten beim Nachschleifen und ein Durchschleifen beim praktischen Gebrauch nicht eintreten kann.

Die wichtigsten dieser der chemischen Natur und Eigenart der häufigsten Holzarten besonders angepaßten Beizgruppen sollen in den nachstehenden Ausführungen bezüglich ihrer Anwendungswise und ihrer Vorteile besonders beschrieben und erläutert werden.

I. Eichenholzbeize.

A. Räucherbeize in Pulver.

Diese älteste Gruppe der chemischen Holzbeizen gestattet die Herstellung aller vorliegenden modernen Beiztöne auf das gerbstofffreie Eichenholz von lichtechten hellen, hellen, mittel und Antik-Eichen tönen, dunkelbraunen rot- bis schwarzbraunen und grauen bis schwarzen, ja selbst grünen, oliven und bleuen Farbtonen.

Die Räucherbeize bringen vermöge ihrer Stärke genügend tief in das harte Eichenholz ein, färben die großen Poren des Eichenholzes in gleichen Ton wie die Fläche, geben die Struktur des Eichenholzes stärker her, beizei auch den harten Spiegel dieser Holzart gut mit und erfordern nur ein einmaliges Auftragen der gebrauchsfertigen Beizlösungen. Diese werden im größten Maßstab zum Beize von Eichenmöbeln in billiger und mit-

schafft die Nachbar-Gouvernements ihren Regierungen Unterstützung haben, und es ist durch die Presse bekannt gemacht, daß diese Regierungen infolge bereits sind gewisse Konzessionen zu machen, als sie mehr oder weniger offen versprochen haben, Arbeiterschutz zu den Friedensverhandlungen hinzugeben zu wollen.

Die deutschen Gewerkschaften haben bereits am 24. November 1917 dem damaligen Reichskanzler Grafen Schlieffen die Werner Forderungen in einer Eingabe überreicht. Die damalige Reichsregierung hatte allerdings dieser Matrie kein großes Interesse entgegengebracht, und sie wurde daher sowohl in der Presse als auch im Reichstag an die Würdigung der Gewerkschaften erinnert. Es ist dann von dem damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherrn von dem Busche, eine Eintragung im Reichstag abgegeben worden, daß die Reichsregierung bereit sei, für die Aufnahme von sozialpolitischen Bestimmungen im Friedensvertrag über in bestimmten Aufgaben einzutreten. Allerdings war das erst nach dem Friedensschluß im Osten, wo die damalige deutsche Regierung es sehr leicht gehabt hätte, weitergehende sozialpolitische Forderungen durchzusetzen, wenn sie es nur gewollt hätte. Insgesamt war eine Umgestaltung des deutschen Regierung durchgeführt und an die Spitze des Reichsarbeitsamtes ein Gewerkschaftsführer, Max Ritter, getreten. Weiter hat sich sehr bald an diese Matrie bestengemacht und verständigend aus den Reihen der Gewerkschaften, der bürgerlichen Sozialpolitik zuwenden, die zusammen mit dem Reichsarbeitsamt die Grundlage geprägt haben, deren Entwicklung die Reichsregierung beim Friedensschluß erstreben kann.

Es kann heute bereits mitgeteilt werden, daß das Ergebnis dieser eingehenden Aussprache im Reichsarbeitsamt, die eine ganze Reihe von Sitzungen beansprucht, eine Zustimmung zu den wesentlichen Punkten des Werner Programms ist. Deutschland wird also bei den Friedensverhandlungen die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vertreten, soweit ihm überhaupt vor dem Ententeimperialismus, der heute das Heft in der Hand hat, die Möglichkeit dazu gelassen wird. Diese Forderungen beziehen sich auf die Festlegung der internationalen Freizügigkeit auf der obigen Grundlage des Werner Programms und auf die Sicherstellung des Staatskonsenses der Arbeiter und Angestellten in jedem Lande. Ebenso wird die Anerkennung des Anspruches der wandernden Arbeiter auf die im Einwanderungsland auf Grund von Eigentümern zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern festgesetzten Löhne gefordert. Eine Ausweitung von Arbeitern wegen gewerkschaftlicher Handlungen darf nicht stattfinden und die Anerkennung gerechter Entscheidungen gegen alle Ausweitungsbefehle vor deren Vollstreckung ermöglicht werden. Gemeinsame Einrichtungen zur Frage der Arbeitsmarktsatistik sollen geschaffen werden, um eine Grundlage für die Arbeiterwandern international herzustellen.

Ebenso sind die Gewerkschaftsforderungen, bezüglich die Durchführung einer Sozialversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit, anerkannt worden und die Forderungen einer Gütekriterien- und Prüfungsversicherung ebenfalls dem Programm eingefügt. Statischlich des Arbeiterschutzes soll besonders darauf hingewirkt werden, daß die Kinder, Jugendlichen und weiblichen Personen in gesundheitsförderlichen Betrieben geschützt und die zur Durchführung des Arbeiterschutzes erlassenen Vorschriften durch strenge Verwaltung sichergestellt werden. Dass Deutschland die internationale Anerkennung des Arbeitstages fordern muß, ist nach seiner Durchführung in Deutschland selbstverständlich; es ist aber insoweit eine Vereinbarung mit dem Werner Programm erzielt worden, daß eine Übergangsfrist zum Arbeitstag von 8 Jahren vorgesehen ist.

Das Schutzbüro für Kinder ist dem Werner Programm entsprechend auf 14 Jahre festgelegt, während das Werner hier 18 forderte. Die niedrigere Grenze ist mit Rücksicht auf den internationalen Charakter eines solchen Vertrages gewählt worden; unter den vertragsschließenden Ländern befinden sich solche, die eine wesentlich niedrigere Schutzzange, und auch jene, die gar keine Schutzzange haben.

Die Praxis angewendet. Die mit Räucherbeizen gebeizten Eichenholzmöbel erfordern einen stärkeren Lacküberzug, weil sie an und für sich nicht wasserfest sind, und werden meistens mit Schellac- oder Schelladerat-Mattierung überzogen oder außer ganz dünn gewascht und dann mit Schellac- oder Schelladerat-Mattierung dünn überzett und malglänzend gehalten.

Die Beizezung Räucherbeizen wurde dieser Gruppe nur aus dem Grunde beigelegt, weil die natürliche Holzstruktur durch diese Beize in ähnlichem Maße (wenn auch nicht ganz so stark) herabgehoben wird, wie durch das sogenannte Räuchern des Eichenholzes mit gasförmigem Ammoniak. Der Name Räucherbeize will also keinesfalls sagen, daß die mit diesen Beizen gebeizten Eichenholzmöbel oder nach dem Beize noch geräuchert werden müssen.

Versuchsvorfahren für die Räucherbeize.

Man führt 20 bis 100 g Räucherbeize in Pulver (je nach der gewünschten Tiefe des Beizes) mit 50 ccm (1/2 l) warmem Salzwasser in einem Kessel an und übergibt denselben mit 1 Kochendheißen Wasser unter gutem Umrühren mit einem Holzstab. Die Beizlösung ist nun gebrauchsfertig und kann entweder sofort verwendet oder in verschlossenen Flaschen oder Tontrügen lange Zeit aufbewahrt werden.

Beizverfahren für Räucherbeize auf Eichenholz.

Das vorher mit Wasser abgewaschene und nach dem Trocknen gut geschliffene Eichenholz wird mit der gebrauchsfertigen Räucherbeize mit einem Pinsel, Schwamm oder Verlappen recht naß gebeizt, die noch nassen Flächen werden mit einem Bürstenpinsel gut vertrieben, nach einer bis zweitägigem Trocknen, während welcher Zeit sich der Beizton richtig entwickelt, mit stumpfem Glaspapier leicht abgeschliffen und dann in üblicher Weise mit Schellac- oder Schelladerat-Mattierung mattiert.

(Fortsetzung folgt.)

Es muß aber uns allen davon liegen, auch diese Länder mit heranzuziehen.

Ebenso wurden die Deedser sowohl als auch die Werner Forderungen hinsichtlich der Schaffung einer internationalen Zentralstelle für den Arbeiterschutz anerkannt. Das internationale Arbeitsamt soll in seiner Tätigkeit nach Möglichkeit insbesondere auch durch Anwendung von Selbststufen gefördert werden unter der Voraussetzung, daß es außer der bisherigen Tätigkeit auch die Sozialversicherung in das Bereich seiner Tätigkeit zieht. Daraus soll eine ständige Kommission gebildet werden zur Vorbereitung der internationalen Arbeiterschutzkonferenzen und einer fachgemäßen Überarbeitung der Konferenzbeschlüsse sowie zur Erteilung von Auskünften über sozialpolitische Fragen.

Soweit ist die Matrie bis heute gekommen. Welche Stellung die Entente-mächte zu dieser wichtigen Frage einnehmen, ist bisher unbekannt; aber man darf hoffen, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, insbesondere England und Frankreich, alles daranzutun werden, um ihre Regierungen zur Anerkennung der Arbeitersforderungen zu bringen.

Aus unserem Beruf.

Frankfurt a. M. Am 9. Januar fand eine allgemeine Mitgliederversammlung der Filiale statt, die einen sehr guten Besuch aufwies. Bei Gründung der Versammlung begrüßte der Vorsitzende, Kollege Köppen, die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen namens der Filialverwaltung auf das warmste. Werner gedachte er der gefallenen 180 Kollegen der Filiale, deren Verdienst von der Versammlung durch Schreiben von den Seiten geehrt wurde. Als erster Punkt stand die Wahl eines Filialangestellten zur Beratung. Kollege Zimmermann berichtete darüber, warum die Wahl notwendig geworden sei. Der frühere Filialangestellte Otto Höcker, der die Rassegeschäfte der Filiale erledigte, sei im April 1918 wegen grober Pflichtverletzung aus seiner Stellung entlassen worden, der als Bevollmächtigter der Filiale eingesetzte Kollege Marggraf sei am 1. Oktober 1918 freiwillig aus seiner Tätigkeit ausgeschieden und habe eine Stellung bei der Jugendabteilung des Stadtarbeitsamtes angenommen. Die Filialverwaltung mache im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand den Vorschlag, zunächst nur einen Kollegen mit der Führung der Geschäfte zu betrauen und bezüglich eines weiteren Angestellten die Entwicklung der Filiale abzuwarten. Der bisherige Einsitzer der Filiale, Kollege Oskar Müller, wurde von der Filialverwaltung zur Wahl in Vorschlag gebracht, sie gab jedoch der Versammlung anheim, weitere Vorschläge zu machen. Die Einschaffung der Beiträge soll auch fernerhin, wie während des Krieges, auch im Stadtgebiet durch Bezirkssässer erfolgen. Nach kurzer Diskussion schritt die Versammlung ohne weitere Vorschläge zur Wahl. In geheimer Wahl wurde Kollege Müller mit 187 gegen 8 ungültige Stimmen zum Filialangestellten gewählt. Kollege Müller dankte für das erwiesene Vertrauen und bat die Kollegen, mit ihm alles aufzubieten, um die Filiale wieder kräftig aufzubauen. Hierauf referierte Kollege Zimmermann über die Leistungsauslastung, die Arbeitszeitverkürzung und den daraus entstehenden Lohnausgleich. Er gab bekannt, daß es der Filialverwaltung trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, die Frage des Lohnausgleichs für die Verkürzung der Arbeitszeit zur Erledigung zu bringen. Auch der Hauptvorstand bemühte sich schon seit November, zentrale Verhandlungen hierüber anzustande zu bringen, jedoch fehlte solche bis jetzt durch die Verzögerung des Hauptvorstandes vom Arbeitgeberverband nicht aufzutrete. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Filialverwaltung zu beauftragen, umgehend Verhandlungen bei der örtlichen Arbeitgeberorganisation zu beantragen. Nachdem Kollege Zimmermann noch kurz die Bedeutung der Nationalversammlungswahlen für die Gewerkschaften schilderte, den Stand der Filiale erörterte und mitteilte, daß die Zahl der Aufnahmen seit dem 9. November bereits 400 überwunden habe, wurde beschlossen, der Vereinbarung mit dem Städtischen Arbeitsamt zuzustimmen und unsern Verbandsnachweis aufzuhängen. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, daß jeder an dem Wiederaufbau der Filiale mitarbeiten und insbesondere die vom Militär entlassenen Kollegen zur Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft aufgefordert werden, fand die von besserer Stimmung und einheitlichem Willen getragene Versammlung ihr Ende.

Gewerkschaftliches.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich, wie aus den verschiedensten Berichten aus allen Teilen des Reiches hervorgeht, in steigendem Maße. Die Ursachen dieser zunehmenden Arbeitslosigkeit sind in erster Linie zu suchen in dem Fehlen der wichtigsten Rohstoffe, ohne die das Wirtschaftsleben nicht zu neuem Aufschwung gebracht werden kann. Erst der Friedensschluß und die hoffentlich hernach bald wieder eintretenden Wechselbeziehungen der Staaten untereinander werden unserer dauernden Industrie und den betreffenden Gewerben neues Leben geben. Bis dahin muß es natürlich die erste Pflicht jedes Volksgenossen sein, jedwöchliche Arbeit anzunehmen, die sich bietet. Tausende von unsern Verfassungsangehörigen müssen alljährlich in den Wintermonaten auf die Thalb unterjetztes Gewerbe Beschäftigung suchen, um sich über die schlimmste Zeit der Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen.

In einzelnen Zweigen unseres Wirtschaftslebens sind Aufträge in Höhe und Tiefe vorhanden; hier ist in deinem die bedeuerliche Tatsache zu konstatieren, daß die Produktion infolge gewissenloser Arbeitseinstellungen und teilweise Sabotage einen erhebenden Rückgang genommen hat. So wird von einer Polomotivfabrik in der Nähe Berlin berichtet, daß in derselben vor der Revolution jeden Tag eine Polomotive fertiggestellt worden sei, im Monat Dezember dagegen ist noch nicht eine Polomotive vollendet worden. Dabei hat der Betrieb Aufträge, die die volle Ausübung seiner Leistungsfähigkeit ermöglichen würden, und er ist auch mit Rohstoffen ausreichend eingedeckt. Dieses Beispiel muß eine um so drückendere Stimmung auslösen, als allgemein bekannt ist, wie drin-

gend erforderlich angestellt der Verfehlung und der Waffenstillstandsbedingungen die möglichst rasche, ausgedehnte Herstellung von Motorrädern ist. Ein Einfluß der Arbeitsleistung, wie es hier in diesem Beispiel zeigt, macht es unmöglich, aus der gegenwärtigen Art den Weg zur Wiedergesundung oder auch nur Erhaltung der Wirtschaft zu finden. Jeder auch nur einigermaßen empfährliche Arbeiter muß wissen, daß eine solche unproduktive Wirtschaft sich leichten Endes am Volksgenossen bitter rächen muß.

Vom rein sozialistischen Standpunkt ist, wie der "Vorwärts" treffend bemerkte, eine Arbeitsschöpfung im gegenwärtigen Stadium der Volkswirtschaft ein Verbrechen. Und nur blinder Nationalismus sowie die völlige Unverständigung des allgemeinen Volkesches können zu ihrer Ausübung führen. — Eine starke Nachfrage nach Arbeitkräften herrscht trotz der steigenden Arbeitslosigkeit im Bergbau. Der Arbeitsnachweis für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau meldet an Arbeitssuchende für den Monat Januar allein 41 820 Personen für Arbeit unter Tage an. In Sachsen und Thüringen ist die Nachfrage nach Bergarbeitern unbestraftigt. Ebenso bleiben die Anforderungen nach Geduld arbeiten, die vor allem für die Volksschularbeiten gesucht werden, ohne nennenswertes Angebot.

Wie gering die Neigung zur Annahme länderlicher Arbeit ist, zeigt folgendes Beispiel: Schlesien hatte noch im Jahre 1918 72 000 ausländische Arbeiter, von denen etwa 70 prozent in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Die Ausichten, diesen Ausfall an ausländischen Arbeitern durch einheimische decken zu können, sind außerordentlich gering, und es erweist sich leider als nötig, daß die Arbeitsschöpfung in Schlesien nach wie vor brauchbare ausländische Arbeiter, die ihnen zur Verfügung stehen, den ländlichen Arbeitssuchenden zuwenden.

Wahlliche Verhältnisse bestehen durchzüglich im ganzen Osten.

Auch von Bayern wird ein starker Bedarf an ländlichen Arbeitkräften gemeldet.

Selbst in agraischen Medien kann der Mangel an ländlichen Arbeitkräften, der durch den Abschluß der Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter entstanden ist, durch die heimkehrenden Soldaten nicht behoben werden.

Von der Landwirtschaftslamme für die Provinz Hannover wird sogar gemeldet, daß dort einige landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr genug Arbeiter haben, um das Vieh versorgen zu können. Die Sorge, im Frühjahr den alten nicht bestellten zu können, zu welcher Zeit in Hannover einige 20 000 ausländische Saararbeiter fehlen, ist in den dortigen landwirtschaftlichen Kreisen allgemein.

In der Provinz Brandenburg kann der Landwirtschaftsminister die Provinz Hannover ebenso wie sogar gemeldet, daß dort einige landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr genug Arbeiter haben, um das Vieh versorgen zu können. Die Sorge, im Frühjahr den alten nicht bestellten zu können, zu welcher Zeit in Hannover einige 20 000 ausländische Saararbeiter fehlen, ist in den dortigen landwirtschaftlichen Kreisen allgemein.

Eine unbestridige Nachfrage herrscht besonders in den südlichen Provinzen nach Waldarbeitern und Holzfällern, in Mittel- und Westdeutschland nach Schwerarbeitern, in Westfalen nach Bauarbeitern, an der Küste nach Schiffsarbeitern.

Diese Beispiele gelgen, daß das starke Heer der Arbeitlosen etwas gemindert werden könnte, wenn überall der gute Wille vorhanden wäre, unser schwer beanspruchtes Land vor dem völligen Ruin zu bewahren. Nur Arbeit, wo immer sich momentan die Gelegenheit hierzu bietet, vermögt die Not der Zeit zu lindern. Ohne Zweifel halten viele Arbeiter mannigfache Limiten ab, sich zu bestimmten Arbeiten zu melden; vielen fehlt es an der notwendigen Kleidung, die meisten sind unterernährt und zu schwerer Arbeit nicht widerstandsfähig genug, viele Arbeitssuchende möchten ihre Familien nicht verlassen, und der gebotene Lohn reicht auch nicht aus, um einen doppelten Haushalt zu bestreiten. Alle diese Hindernisse tödlichen wir voll und ganz. Gleichwohl dürfte es einer nicht unbeträchtlichen Anzahl Arbeiter möglich sein, auswärtige Arbeit anzunehmen. Wir denken da in erster Linie an die ledigen Leute. Es erwächst daher unsern aufgelösten Partei- und Gewerkschaftsgenossen die Pflicht, nach dieser Richtung ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, damit das deutsche Volk und mit ihm die sozialistische Regierung die schwere Periode der Wirtschaftslebens überwinden.

Arbeiterversicherung.

Für den Wiedereintritt entlassener Kriegsteilnehmer in die Krankenkasse ist die Bundesratverordnung vom 16. November 1918 von Bedeutung. Nach dieser können alle aus dem Heeresdienst Entlassenen, die wegen des Kriegs in den Kriegsdienst ihre Kassenmitgliedschaft haben erloschen lassen, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat wieder in die Krankenkasse eintreten, auch wenn sie eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht aufnehmen. Solchenfalls sind sie als freiwillige Mitglieder zu behandeln. Die Krankenkassen sind nicht berechtigt, diesen Wiedereintritt in die Kasse von einer ärztlichen Untersuchung abhängig zu machen. Somit ist der Beitritt auch Kranken und selbst erwerbsunfähigen Entlassenen gestattet. Sie haben sogar Anspruch auf die vollen Kassenleistungen für derartige Unterstützungsfälle, die bei dem Wiedereintritt bereits vorhanden waren. Der freiwillige Beitritt binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat steht auch solchen Kriegsteilnehmern offen, die schon vor Friedensschluß wegen Verwundung oder Erfatung als dienstuntauglich oder aus sonstigen Gründen entlassen werden. Rückkehr in die Heimat liegt endlich auch vor einer längeren Beurlaubung. Gibt auch nicht jeder Urlaub das Recht zum Wiedereintritt in die Kasse, ja doch ein längerer Urlaub, wenn der Kriegsteilnehmer sein bürgerliches Leben für längere Zeit wieder aufnehmen kann. Auch die Soldaten, die zur Arbeit berufen werden, ohne des-

holo aus dem Militärverhältnis auszuscheiden, und die, weil sie Heeresangehörige bleiben, nicht Krankenversicherungspflichtig sind, haben das Recht, als freiwillige Mitglieder der Kasse beizutreten.

Manche Krankenkassen haben von der gesetzlichen Pflichtlosigkeit Gebrauch gemacht, einzelne Mehrleistungen, wie zum Beispiel Kamillenhilfe, nur dann zu gewähren, wenn eine bestimmte Wartezeit erfüllt ist, das heißt wenn die Mitgliedschaft schon eine gewisse längere Zeit hindurch bestanden hat. Solche Entlassene, die diese Wartezeit vor Beginn der militärischen Dienstleistungen schon erfüllt hatten, brauchen sie nach Rückkehr in die Heimat nicht nochmals zurückzulegen. Sie treten sofort wieder in ihre alten Mechte ein. War die Wartezeit vorher erst teilweise erfüllt, so wird diese Zeit auf die neue Mitgliedschaft angerechnet, oder heißt es ist nur noch der fehlende Rest nachzuholen, und zwar auch dann, wenn der Entlassene Mitglied einer andern Kasse wird.

Sozialpolitisches.

Freiwillige Volkswehr. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Schaffung einer Freiwilligen-Volkswehr angeordnet. Diese Volkswehr wird eingeteilt in Hundertschaften (Kompanien), von denen je 10 eine Abteilung (Bataillon) bilden; vorerst ist die Zusammensetzung von 11 Abteilungen beabsichtigt, so daß die Volkswehr 11000 Mann umfassen würde. In die Volkswehr, die außerhalb des Rahmens des Heeres steht, werden nur Freiwillige — möglichst Unverheiratete — aufgenommen. Jede Hundertschaft wählt sich einen Führer und 3 Zugführer, denen im Dienste unbedingt Gehorham zu leisten ist. Das ist eine Selbstverständlichkeit; denn auch in einem Volksheer ist Disziplin nicht zu entbehren, nur daß diese Disziplin auf dem Wege der freiwilligen Unterordnung erzielt wird. Die zu einer Abteilung zusammengefügten Hundertschaften wählen den Abteilungsführer und einen Stab, dem ein Vertrauensrat von 2 Freiwilligen zur Seite steht. Die Freiwilligen haben zunächst eine Probekonvaleszenz von 21 Tagen abzuleisten; werden sie für geeignet befunden, dann erfolgt die Verpflichtung auf 6 Monate; die Verpflichtung kann dann immer wieder von 3 zu 3 Monaten verlängert werden. Bei schwerer Verletzung dienstlicher Pflichten kann das Verhältnis vom Abteilungsführer unter Zustimmung des Vertrauensrates jederzeit sofort gelöst werden. Die Befugnisse des Vertrauensrates sind sehr weitgehend, er ist beratendes Organ in den Fragen der Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Besoldung, Urlaub, Beschwerden, der Disziplinarstrafung und der Entlassung. Die Führer werden von der Truppe mit verpflichtet, wollen sie etwas Besonderes, dann steht es ihnen natürlich frei, sich das aus eigenen Mitteln zu beschaffen.

Jeder Freiwillige erhält ein monatliches Grundgehalt von $\text{M} 180$ und eine Monatsprämie von je $\text{M} 80$ nach Ablauf eines Monats; an monatlichen Zulagenfolgen ist zuständig: $\text{M} 80$ für den Zugführer, $\text{M} 60$ für den Hundertschaftsführer, $\text{M} 120$ für den Abteilungsführer. Die Verzister, der Tierarzt, Rechnungsführer und Verpflegungsmeister erhalten die Zulage der Hundertschaftsführer.

Verheiratete, die sich selbst verpflegen und einkommen, erhalten als Entschädigung hierfür eine tägliche Bulzage von $\text{M} 5$.

Angehörige der Volkswehr haben bei der Entlassung Anspruch auf Versorgung, wenn und solange infolge einer Dienstbeschädigung ihre Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder um mindestens 10 v. H. gemindert worden ist.

Die Wohnungfrage im neuen Deutschland. Auf allen Gebieten unseres deutschen Lebens gilt es jetzt, der neuen Lage gerecht zu werden, und überall werden Maßnahmen, Forderungen und Wünsche für die neue Zeit und insbesondere auch im Hinblick auf die Tätigkeit der Nationalversammlung aufgestellt. Da darf die Wohnungsreformbewegung nicht zurückbleiben, ist doch die grundliche Umänderung unserer Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse eines der wichtigsten Erfüllungen der Wiederaufbau unseres Landes. Der deutsche Wohnungsausschuss veranstaltet deshalb eine diesen Zwecken dienende große öffentliche Versammlung in Berlin im Abgeordnetenhaus am 10. Februar, und hofft, daß sie zur Herbeiführung der nötigen Reformen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens in weite Stufen beiträgt. Die Eintrittskarten werden versandt von der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für Wohnungsrreform, Berlin-Schöneberg, Neue Steinmeierstr. 4, 2. Et. Zugleich wird darauf außerdem gemacht, daß der Reichsverband zur Förderung spartamer Bauweise gleichfalls am 10. Februar in Berlin, aber in den Tagessäulen, in seiner Ausstellung (Ausstellungshallen am Zoologischen Garten) eine größere Versammlung mit dem Thema „Die Frage der Kohlenersparnis im Baustoffwesen“ veranstaltet, woran sich eine Führung durch die Ausstellung anschließt.

DWA. Kleingärten und Arbeitslosigkeit. Das Geheim der Arbeitslosigkeit geht unter uns um und nimmt immer gewaltigere Formen an; da müssen auch kleinere Hilfsmittel der Bekämpfung millionen geheißen werden. In der Kriegszeit hat sich das Kleingartensehen bekanntlich sehr stark entwickelt, aber es ist sicher noch einer weiteren erheblichen Steigerung fähig. Wie wäre es, wenn man unsern Arbeitslosen kleine Landstücke — es können auch etwas größere sein — pachtweise umsonst oder gegen jähriges Entgelt überläße, um sich daraus Kleingärten anzulegen? Bedingung müßte nur die Bearbeitung mit eigener Hand sein. In der nächsten Zeit wird ja allerdings wohl Frost zu erwarten sein, aber bis alle organisatorischen Vorarbeiten erledigt sind, kann doch leicht schon wieder Weiter sein, bei dem man im Garten arbeiten kann. Wenn eine derartige Maßregel den Arbeitslosen auch nicht die fehlende Erwerbsarbeit ersehen kann, so wäre sie doch in der Lage, ihnen vom späteren Frühjahr an die Lebensmittelversorgung wesentlich zu erleichtern und ihre Stimmung und ihr Verhalten günstig zu beeinflussen. Außerdem ist es recht wichtig, alle Wege zu beschreiten, um in unserer städtischen Bevölkerung den Geschmack an der

Bodenbearbeitung und die Fähigkeit für sie wieder zu stärken und so diese Bevölkerung für die drohende Decentralisation zu erziehen, die eines der wichtigsten Hilfsmittel für die Wiederaufrichtung Deutschlands sein wird. Der ganze Gedanke verbietet daher gewiß eine wohlwollende Prüfung.

Über die Todesfälle infolge Unterernährung während des Krieges wird amtlich folgendes bekanntgegeben: Die Wirkungen der Kriegsnot während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis Ende 1918, sind bislangen genauer festgestellt. Die Zahlen sind weit höher, als bisher angenommen wurde. Es hat sich die erschreckende Tatsache ergeben, daß mehr als 300000 Todesfälle lediglich auf Erkrankungen geschworen sind. Die Feststellungen sind mit großer Vorsicht getroffen worden und geben eher eine zu kleine als zu große Zahl. Alle diese Menschen sind eines elenden Todes gestorben. Ihre Leiber waren mit den schwersten psychischen Leiden ihrer Angehörigen verknüpft, die ihnen nicht das geben konnten, was sie brauchten. Es handelt sich besonders um schwache Frauen, alte Personen und Kinder, kaum um Personen, die nach ihrem Zustand mangelhafte Ernährung besonders schlecht vertragen. Nur Angehörige der Arbeiterklasse sind geschränkt. Die genauen Feststellungen sollen mit dem benötigten Material ausführlich veröffentlicht werden, um zu beweisen, daß es sich um keine falsche Propaganda, sondern um streng objektive Feststellungen handelt. Die Untersuchung geht von den jährlichen Sterblichkeiten der weiblichen Bevölkerung vor dem Kriege und während des Krieges aus. Alle auf Epidemien, wie Grippe und Grippe, sowie auf andere besondere Ursachen zurückzuführenden Sterbefälle werden in Abzug gebracht. Indirekte Folgen mangelhafter Ernährung, wie sie sich unter anderem in der erhöhten Sterblichkeit der nächsten Jahre deutlich zeigen werden, lassen sich nicht in Zahlen fassen.

An diesen unbeweisbaren Tatsachen möge man ermessen, wie das deutsche Volk von der durch die Hochschulpolitik gepappelten heimischen Landwirtschaft während des Krieges „ernährt“ worden ist.

Genossenschaftliches.

Vom genossenschaftlichen Großhandels. Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft wird den genossenschaftlichen Großhandels beträchtlich vor große neue Aufgaben stellen. Deren wichtigste wird sein, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß die Großhandelsgeellschaft deutscher Konsumvereine das Arbeitsfeld zurückgewinnt, das ihr durch die Kriegswirtschaft entstanden ist. Ihre ganze Leistungsfähigkeit kann sie erst dann entfalten, wenn sie wieder die Möglichkeit erhält, den angeschlossenen Vereinen alle Waren zu bemitteln, die für den konsumgenossenschaftlichen Großhandel geplant sind. Ihr der Weg aufs neue freizumachen, wird harte, gäbe Anstrengungen kosten, und der Erfolg hängt davon ab, daß alle beteiligten Organe einheitlich vorgehen. Es darf nicht sein, daß einzelne Glieder der Organisation in Unkenntnis oder Nichtachtung dieser Grundforderung vielleicht das Gegenteil bewirken von dem, was richtig ist. Wir müssen alle an einem Strang ziehen, in einer Richtung hin, kein Seitenprung darf die Bewegung stören. Das trifft die reine Selbstverständlichkeit, und wer Verantwortung trägt, der wolle sie beherzigen.

Die Eigenproduktion der Großhandelsgeellschaft deutscher Konsumvereine ist während des Krieges immer gründlicheren Unterwerfung worden. Absehung vom Weltmarkt bedeutet Unterbindung der Befuhr, Rohstoffmangel und Beschränkung der Warenherstellung verschärft durch verschärfte Maßregeln der Kriegswirtschaft. Hierunter hat keine Industrie mehr zu leiden als die eigenen Betriebe der Verbraucher. Unsere Seifenfabriken dürfen wegen Tabakmangels nur noch einen kleinen Teil ihrer früheren Produktion anfertigen. Unsere Seifenfabriken müssen für das Zwangssyndikat der Seifenindustrie arbeiten und haben keine Möglichkeit, ihre Leistungsfähigkeit so zu entfalten, wie es im Interesse der Konsumenten liegt. Unsere Seifenfabrik ist für die Kommunalverbände tätig, aber auch ihr fehlt es zeitweilig an Material, und die direkte Versorgung der Konsumvereine ist ihr abgeschnitten. Unsere Kleinen Betrieben geht es nicht besser; teilweise sind sie arbeitslos. Unsere großen Projekte, neue Eigenbetriebe zu errichten, liegen brach. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist viel geringer als vor dem Krieg, und es ist noch gar nicht abzusehen, wann und wie es besser werden soll. Wir können unsere Hoffnung nur darauf setzen, daß es gelingt, in Deutschland wieder eine geregelte Produktion herzustellen. Denn das Schicksal unserer Eigenproduktion ist mit dem der gesamten deutschen Volkswirtschaft verbreitet. Wie dieser, so wird es jener ergehen. Die deutsche Volkswirtschaft aber braucht Beteiligung am Warenverkehr des Weltmarktes. Wir müssen wieder Waren heranzutragen lernen, mit denen die unentbehrliche Einfuhr bezahlt werden kann, sonst bekommen wir vom Auslande nicht geliefert, was wir zu unserm Lebensunterhalt so nötig haben, und dann wird es uns immer schlechter gehen. Wenn daran liegt, daß es mit unserer Wirtschaft besser werde, der halte seine Arbeit fest, und wenn er seine hat, dann suche er sofort eine nützliche Beschäftigung zu erlangen. Unsere Arbeitskraft ist unser Reichtum, produktive Arbeit unsere einzige Hoffnung. Arbeitslosigkeit hingegen unser Verderben und Arbeitsverhinderung nichts anderes als wirtschaftlicher Selbstmord. Je weniger wir arbeiten, desto schlechter wird es mit der Versorgung der Verbraucher; je fleißiger wir tätig sind, desto rascher werden wir den Weg zu gesunden, erträglichen Verhältnissen finden. Dies gilt von der Gesamtheit wie von jedem einzelnen und nicht zuletzt auch von den eigenen Unternehmungen der Verbraucher.

Der Volkserhaltungsbund. Im letzten Jahr. Als der sogenannte Frieden geschlossen wurde, wurde der Volkserhaltungsbund gegründet. Ihre ganze Organisation steht noch in den Kinderschuhen. Der Befund an Versicherungen und Kapital war noch gering. Würde sie einen beratenden lärmenden Komitee übernehmen können? Die Landesverbände würden sich folgenden Abschluß stellten: „Wir danken Ihnen für die geleistete Arbeit.“ Die ersten Versicherungen wurde immer gemacht. Die ersten 1000 abgetragen unter die Jahren, neue Kunden an 1916 kamen und gingen wieder. Über der mildeboten Verträge stand es doch, die junge Organisation nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sie allmählich noch weiter auszubauen. Von Jahr zu Jahr ein günstigeres Resultat zu erreichen. Während im Jahre 1916 nur 1000 Anträge eingegangen waren im Jahre 1917 ein solcher von 38 000 Verträge wurden zu betreuen und das Geschäftsjahr 1918 brachte, wie wir feststellen können, sogar ein Neaugebäude von 70 000 Anträge. Davon entfallen 67 180 Anträge mit M 28 000 000 Versicherungssumme auf die Kapitalversicherung, 8885 auf die Spar- und 150 Anträge auf die Rentenversicherung. Daraus kommen noch etwa 1400 Wiederinkassierungen oder fortwährender Versicherungen, so daß der gesamte Zugang nicht 70 000 Versicherungen beträgt. Dieser schöne Erfolg des letzten Jahres muß mit freudiger Erinnerung erfüllt; ist er doch ein Beweis dafür, daß die Volkserhaltung auf gesunden Füßen steht und das Vertrauen zu ihr in der deutschen Arbeiterschaft sowohl im Massen begriffen ist.

Verschiedenes.

Ein posthumer Bienenstock. Wie lange der Stock einer toten Biene noch zu leben vermag, ist bisher noch nicht festgestellt worden. Um so interessanter blieb daher ein Vorfall sein, über den die bekannte Zeitschrift „Smoso“ (Brandtsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart) in ihrem Dezemberheft des Jahrganges 1918 berichtet. Eine Leserin hatte zum Frühstück eine Kriegsmarmelade (Kasten und Birnen gemischt) gegessen. Da man nun bei dieser Marmelade auf allerhand Überraschungen gefaßt sein muß, kam ihr ein längliches Knöllchen im Mund verbreitigt vor. Sie sah es aber noch dem Mund entnehmen konnte, fühlte sie einen seligen, heftigen Schmerz an der Innenseite ihres Unterkiefers, den charakteristischen Schmerz eines Bienenstocks. Die Lippe schwoll sofort an, und ein wichtiger Gegenstand, der sich hinatgebohrt hatte, erwies sich beim Herausziehen als ein Stachel, an dem noch ein Stückchen des Hinterleibes hing. Da das Insekt sehr stark zusammengezogen war, ließ sich nicht mehr ungewollt entfernen, ob es eine Biene oder eine Wespe war. Wahrscheinlich aber war es eine Biene, da eine so starke Einschmelzung wie bei der Wespe fehlt und das Insekt auch ein wenig kürzer war als diese. Der Schmerz war recht heftig, verging aber bald. Die Marmelade war mindestens drei Wochen alt. Daraus geht also hervor, daß auch nach dem Tode der Biene der Stachel noch ziemlich lange im Stande ist, sein Gift zu entleeren. Da ein Stiel im Halse unter Umständen verhängnisvoll werden könnte, ist beim Genuss von Marmelade, die nicht ganz tabellös sauer hergestellt ist, jedenfalls Vorsicht am Platze.

Literarisches.

Die Glöckle. Sozialistische Wochenzeitung, Herausgeber Parpus. Die vorliegenden Nr. 41/42 enthalten: Dr. Paulsen: Der Spießbürgertum der Revolution und der Spießbürgertum der Ordnung; August Winnig: Der Fall von Major Otto König; Was soll uns Deutschland? Dr. Eugen Paus: Die Wahlentscheidung der Belehrten; Dr. Franz Roehner: Der Großhandel; Kurt Blaum: Die Gewerbeverregelung; Dr. J. v. Bülow: Die Nationalisierung der Kunst; Oskar Einheit 50. J. vierteljährlich M. 6. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 114.

Sterbetafel.

Dresden. Am 17. Januar starb nach langer Krankheit unser treuer Kollege Gustav Breitig im Alter von 58 Jahren. — Am gleichen Tage starb unser treuer Kollege Bruno Hammer im Alter von 89 Jahren an Lungentuberkulose.

Hamburg. Am 18. Dezember starb unser Mitglied Bruno Degen, 49 Jahre alt. — Am 8. Januar starb unser Mitglied William Voß, 45 Jahre alt. — Am 19. Januar starb unser mehrjähriges Mitglied Christian Lehmann im Alter von 22 Jahren.

Ehre ihrem Mahnen!

Die Woche vom 2. bis 8. Februar ist die 6. Februarwoche. D. Wentler, Rafler.

Fahlchrüdner et alii Ringers

mit vielen Abbildungen.

Der Zetorations- und Studienkalender A. 7. Die Holz- u. Marmormaler 21. 26. 30. Monogramme 5. 28. Technik der Dekoration 3. 7. einfache Firmenbriefe 10. 20. Vorlagen für Firmenbeschreibungen 14. Mod. Soz. Briefen 5. 25. Mod. Plakat- und Reklamebriefen 5. 20. Mod. Schriften 2. 12. Briefliche Vorlesungen für Maurer, Tüncher u. Studium 1. 2. 3. Harmonie-Gärten 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 43